

# Antrag zum Kreisparteitag der SPD Rhein-Neckar am 31. März 2007

---

1 **Antrag Nr. 2** „Heimliche Online-Durchsuchungen von PCs verhindern“

2 **Antragsteller:** Kreisvorstand Rhein-Neckar

3 **Empfänger:** SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, SPD-Bundestagsfraktion

4 **Antrag:**

5

6

7 Der Bundesgerichtshof hat Anfang Februar 2007 entschieden, dass heimliche  
8 Online-Durchsuchungen von privat oder geschäftlich genutzten PCs durch die  
9 Polizei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Bundesinnenminister Schäuble  
10 hat nun angekündigt, dass er entsprechende Anpassungen der Gesetze  
11 vornehmen will.

12

13 Die SPD-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag wird aufgefordert, sich  
14 dafür einzusetzen, dass die Landesregierung über den Bundesrat verhindert, dass  
15 ein solches „Schnüffelgesetz“ in Kraft tritt.

16

17 **Begründung:**

18

19 Die polizeiliche Ausforschung eines privaten Computers stellt einen Eingriff in die  
20 Privatsphäre eines Menschen dar und ist durch nichts zu rechtfertigen. Nahezu  
21 jeder PC-Benutzer hat private Briefe und Photos auf seiner Festplatte, manche  
22 vielleicht sogar Tagebücher, Testamente, Patientenverfügungen oder ähnliches.  
23 Für ein umfassendes Ausspionieren privater Daten kann es keine rechtliche  
24 Grundlage geben. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung soll  
25 offenbar hier im virtuellen Raum wieder einmal in die Grundrechte des Einzelnen  
26 eingegriffen werden. Ein solches Ansinnen hat mit Kriminalitätsbekämpfung  
27 innerhalb eines funktionierenden Rechtsstaats nichts mehr zu tun, sondern stellt  
28 einen Staatseingriff dar, den man höchstens in totalitären Regimen vermuten  
29 würde.

30

31 Auch Beschuldigte haben ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung und  
32 dieses Recht wird durch heimliches Ausspionieren von Daten auf privaten  
33 Computern in erheblicher Weise verletzt.

34

35 Nicht alles, was technisch möglich ist, ist eben verfassungsrechtlich zulässig. Das  
36 was mit der heimlichen Online Durchsuchung jetzt gefordert wird, sind  
37 Geheimdienstmethoden für die Polizei und darauf sollte man in Deutschland schon  
38 aus historischen Gründen verzichten.